

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 19/28804 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union EUTM Mali

A. Problem

Die Bundesregierung hat am 21. April 2021 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union EUTM Mali beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird der Bundestag um Zustimmung dazu gebeten.

Die Sicherheitslage in Mali und der Sahel-Region ist nach Einschätzung der Bundesregierung weiter instabil. Der Einfluss global vernetzter Terrorgruppen nehme weiter zu. Ableger von al-Qaida (JNIM) und selbsternanntem „Islamischem Staat“ (ISGS) weiten ihren Einfluss mit terroristischen Mitteln aus und zielen erfolgreich darauf ab, Ressourcen unter ihre Kontrolle zu bringen und ihre islamistische Ideologie zu verbreiten. Sie seien nach wie vor eine Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität sowie die Entwicklungschancen der gesamten Region.

Die humanitäre Lage in Mali sei angespannt. Bedarf an humanitärer Hilfe bestehe weiterhin vor allem im Norden und im Zentrum des Landes, aber auch zunehmend im Süden. Die andauernde volatile Sicherheitslage führe immer wieder zu Binnenvertreibungen und schränke die Bewegungsfreiheit humanitärer Akteure ein.

Die Überwindung der Ursachen von Gewalt und Terrorismus mit zivilen Maßnahmen setzten ein hinreichend sicheres Umfeld voraus. Vor diesem Hintergrund konzentriere sich das sicherheitspolitische Engagement der Bundesregierung in der Sahel-Region auf den Aufbau und die Stärkung effektiver und von der Bevölkerung anerkannter Sicherheitskräfte, die Menschenrechte und Demokratie achteten und politischer Kontrolle unterlägen.

EUTM Mali komme hierbei eine essentielle Rolle zu. Die Fähigkeiten malischer Soldatinnen und Soldaten hätten sich in den zurückliegenden Jahren wesentlich verbessert. Allerdings habe sich auch das Know-how und die Ausstattung terroristischer Gruppen verbessert und sie agierten zunehmend grenzüberschreitend.

Die EU-Mitgliedstaaten hätten die Mission im März 2020 in der Konsequenz neu ausgerichtet, um die Effektivität und die Reichweite von EUTM Mali zu erhöhen. Schwerpunkt dieser Neuausrichtung sei die einsatznähere militärische Ausbildung und Beratung einschließlich Begleitung der malischen Soldatinnen und Soldaten sowie die Ausweitung auf alle G5-Sahel-Staaten mit dem Ziel, insbesondere auch die burkinischen und nigrischen Streitkräfte unterstützen zu können. Im zweiten Halbjahr 2021 werde Deutschland zum insgesamt vierten Mal seit 2013 den Missionskommandeur von EUTM Mali stellen.

Die Personalobergrenze für die Mission soll bei 600 deutschen Soldatinnen und Soldaten liegen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/28804 anzunehmen.

Berlin, den 5. Mai 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Dr. Daniela De Ridder
Berichterstatter

Dr. Lothar Maier
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Dr. Daniela De Ridder, Dr. Lothar Maier, Ulrich Lechte, Sevim Dağdelen und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/28804** in seiner 225. Sitzung am 23. April 2021 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie gemäß § 96 GO-BT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Die Bundesregierung hat am 21. April 2021 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union EUTM Mali beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird der Bundestag um Zustimmung dazu gebeten.

Die Sicherheitslage in Mali und der Sahel-Region ist nach Einschätzung der Bundesregierung weiter instabil. Der Einfluss global vernetzter Terrorgruppen nehme weiter zu. Ableger von al-Qaida (JNIM) und selbsternanntem „Islamischem Staat“ (ISGS) weiten ihren Einfluss mit terroristischen Mitteln aus und zielen erfolgreich darauf ab, Ressourcen unter ihre Kontrolle zu bringen und ihre islamistische Ideologie zu verbreiten. Sie seien nach wie vor eine Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität sowie die Entwicklungschancen der gesamten Region.

Die humanitäre Lage in Mali sei angespannt. Bedarf an humanitärer Hilfe bestehe weiterhin vor allem im Norden und im Zentrum des Landes, aber auch zunehmend im Süden. Die andauernde volatile Sicherheitslage führe immer wieder zu Binnenvertreibungen und schränke die Bewegungsfreiheit humanitärer Akteure ein.

Die Überwindung der Ursachen von Gewalt und Terrorismus mit zivilen Maßnahmen setzten ein hinreichend sicheres Umfeld voraus. Vor diesem Hintergrund konzentriere sich das sicherheitspolitische Engagement der Bundesregierung in der Sahel-Region auf den Aufbau und die Stärkung effektiver und von der Bevölkerung anerkannter Sicherheitskräfte, die Menschenrechte und Demokratie achteten und politischer Kontrolle unterlägen.

EUTM Mali komme hierbei eine essentielle Rolle zu. Die Fähigkeiten malischer Soldatinnen und Soldaten hätten sich in den zurückliegenden Jahren wesentlich verbessert. Allerdings habe sich auch das Know-how und die Ausstattung terroristischer Gruppen verbessert und sie agierten zunehmend grenzüberschreitend.

Die EU-Mitgliedstaaten hätten die Mission im März 2020 in der Konsequenz neu ausgerichtet, um die Effektivität und die Reichweite von EUTM Mali zu erhöhen. Schwerpunkt dieser Neuausrichtung sei die einsatznähere militärische Ausbildung und Beratung einschließlich Begleitung der malischen Soldatinnen und Soldaten sowie die Ausweitung auf alle G5-Sahel-Staaten mit dem Ziel, insbesondere auch die burkinischen und nigrischen Streitkräfte unterstützen zu können. Im zweiten Halbjahr 2021 werde Deutschland zum insgesamt vierten Mal seit 2013 den Missionskommandeur von EUTM Mali stellen.

Die Personalobergrenze für die Mission soll bei 600 deutschen Soldatinnen und Soldaten liegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/28804 in seiner 89. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 19/28804 in seiner 147. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/28804 in seiner 77. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/28804 in seiner 80. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/28804 in seiner 80. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Berlin, den 5. Mai 2021

Jürgen Hardt
Berichtersteller

Dr. Daniela De Ridder
Berichtersteller

Dr. Lothar Maier
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Dr. Frithjof Schmidt
Berichtersteller

